



02.01.2009

Ahnen/Stadelmaier: Mehr Geld für Jugendschutz im Internet

Auf Initiative von Rheinland-Pfalz hat die Jugendministerkonferenz der Bundesländer beschlossen, die in Mainz ansässige Zentralstelle für den Jugendschutz im Internet, jugendschutz.net, künftig jährlich mit 350.000 Euro aus Haushaltsmitteln der Länder zu unterstützen. Das sind 95.000 Euro pro Jahr mehr als bislang. In der Folge verdoppelten die Landesmedienanstalten ihre festen jährlichen Zuwendungen an die Stelle jugendschutz.net – auf rund 500.000 Euro pro Jahr.

Die Initiatoren der Länderfinanzspritze, die rheinland-pfälzische Jugendministerin Doris Ahnen und der Chef der Mainzer Staatskanzlei, Martin Stadelmaier, betonten: „Wir sind froh darüber, dass uns dieser Schritt gemeinsam mit den Landesmedienanstalten gelungen ist. Die erhöhte Finanzierung soll insbesondere dazu beitragen, die sehr erfolgreiche Arbeit von jugendschutz.net weiter zu intensivieren und zu verstetigen.“ Der Erfolg von jugendschutz.net bei der Entdeckung und Verfolgung von Jugendschutzverstößen im Internet sei ebenso unbestreitbar, wie die Bedeutung des dort versammelten Sachverständigen für die Medienerziehung von Kindern und Jugendlichen oder für die Beratung von Eltern, unterstrich Doris Ahnen. Gerade in den wichtigen und aktuellen jugendpolitischen Themenfeldern des Web 2.0 wie zum Beispiel „Cyberbullying“, stehe den Jugendministerinnen und -ministern mit jugendschutz.net ein Kompetenzzentrum zur Verfügung, das viele gute Informationen und Rechercheerkenntnisse über aktuelle Entwicklungen und neue Phänomene für die Praxis beisteuere.

„Gute Arbeit muss auch gut finanziert sein. Wir halten die gemeinsame Finanzierung durch Länder und Landesmedienanstalten für den richtigen Weg, um das hohe Niveau von jugendschutz.net in den Kernaufgaben verlässlich und nachhaltig zu sichern und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stelle für ihre künftigen Aufgaben zu wappnen“, sagten Doris Ahnen und Martin Stadelmaier abschließend.

Hintergrund:

jugendschutz.net, die gemeinsame Stelle der Länder zur Sicherung des Jugendschutzes im Internet, leistet seit nunmehr mehr als zehn Jahren einen wichtigen Beitrag zum Jugendschutz im Internet und ist national und international anerkannt. Im Sitzland Rheinland-Pfalz wirkt jugendschutz.net unter anderem erfolgreich in dem Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ mit und bildet an ausgewählten Schulen sogenannte „Medienscouts“ aus, die Mitschülerinnen und Mitschüler fit für den Umgang mit Chats und anderen interaktiven Diensten an den Schulen machen.

jugendschutz.net spürt Jahr für Jahr Hunderte von Internetpräsenzen auf, in denen gegen Jugendschutzbestimmungen verstoßen oder über die Kinderpornografie verbreitet wird oder die extremistisches Gedankengut verbreiten. Die Zentralstelle macht zudem bundesweit Beratungsangebote für den Umgang mit modernen Informationstechnologien beispielsweise über Broschüren oder bei Fachtagungen. Das Ende 2007 veröffentlichte Ergebnis der Evaluationsstudie zum Jugendschutz bewertete das Wirken von jugendschutz.net als „erfolgreich und alternativlos“. Zugleich mahnten die Gutachter aber auch an, dass jugendschutz.net in seinen gesetzlichen Kernaufgaben angemessen und unabhängig von bisherigen Projektmitteln finanziert werden muss.

Die Einrichtung wird seit April 2003 über eine Mischfinanzierung gemeinsam durch die Länder aus Haushaltsmitteln und durch Anteile der Landesmedienanstalten aus Rundfunkgebühren getragen. Mit dem 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde die befristete Finanzierung zum Jahresbeginn bis Ende 2012 verlängert.

Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link: www.jugendschutz.net